E 219 49

Der Westen

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft "Der Westen", bestehend aus der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach - Stiftung, mit dem Sitz in Stuttgart, hervorgegangen aus dem Bund der Elsässer und Lothringer e.V., und dem Bund Vertriebener aus Elsaß - Lothringen und den Weststaaten e.V., sowie der Erwin von Steinbach - Stiftung, Frankfurt/Main.
Anschrift: Barbarossastraße 14, D-73066 Uhingen Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.

ISSN 0179 - 6100 Mai/Juni 1999 46. Jahrgang, Nummer 3

Absurdes Theater in Frankreich

Absurdes Theater nannte sich in den fünfziger und sechziger Jahren eine Richtung der dramatischen Literatur, auf deren Urheberschaft die französische Kultur zu Recht Anspruch erheben kann. Die französische politische Führungsschicht obsiegt vermutlich auch bei dem Versuch, das Urheberrecht für die Übertragung des Absurden Theaters in die Politik zu beanspruchen, wenn auch nur knapp vor den Konkurrenten aus benachbarten Staaten sowie aus manch anderen Ländern allüberall auf der Welt.

Das politisch Absurde zeichnet sich durch die völlige Mißachtung des Publikums aus, so daß das Publikum, deklamatorisch gerne der einzige Machthaber oder Souverän genannt, in seiner Herrscherloge über kurz oder lang ennuiert die agierenden Poltiker mißachten dürfte. Wenigstens für das Jahr 1999 kann sich die Frage nach der offiziellen französischen Haltung zur Europäischen Charta über den Schutz von Regional- und Minderheitensprachen mit der Undurchschaubarkeit der Schleswig-holsteinischen Frage von vor 150 Jahren messen. Diese ganze Angelegenheit zieht sich nun schon so lange hin, daß die zu ihrem Beginn geborenen Kinder schon wieder Schulunterricht genießen - ohne ihre Minderheitensprache. Und deren Kinder dürften sich noch einer unveränderten Schulpflicht beugen müssen. Die Angelegenheit ist trotz ihres bitteren Ernstes von derartiger Lächerlichkeit, daß die meisten französischen Politiker, hätte ihr Hosenstoff dieselbe Substanz wie ihr Reden und Handeln in Sachen Sprachencharta, unterhalb des Hosengürtels der Unbill der jahreszeitlichen Witterung ziemlich schutzlos ausgeliefert wären.

Die Dramaturgie des ganzen absurden Theaterstücks Sprachencharta ist völlig nach dem alten, nur zu gut bekannten Muster konstruiert worden, an dem nur verblüfft, daß das Publikum immer noch zuguckt und wartet, daß angenehm Überraschendes geschieht (wie im Theaterprogramm immer neu versprochen wird) - und am Ende still davontrottet, statt zu buhen und zu pfeifen.

Die Abfolge der Ereignisse ist ganz einfach: Nach jahrelangem Hin und Her unterzeichnete die französische Regierung am 7. Mai 1999 die Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen, am 20. Mai leitete der Staatspräsident das Ratifizierungsverfahren ein, indem er den Verfassungsrat (Conseil constitutionell) bat, die Verfassungsmäßigkeit der Charta zu prüfen. Am 17. Juni veröffentlichte der Verfassungsrat sein Rechtsgutachten; demnach ist die Charta nicht vereinbar mit der französischen Verfassung. Die durch die Charta gebotene Anerkennung besonderer Rechte für durch kulturelle, sprachliche oder religiöse Kriterien definierte Minderheiten sei nicht verfassungskonform. Weiterhin sei die Charta nicht vereinbar mit Artikel 2 der Verfassung, der Französisch zur "Sprache der Republik" erklärt. Durch die Charta bestehe die Gefahr, daß Minderheitensprachen ins öffentliche Leben eindrängen. Diese Bemerkung zielt auf die durch die Ratifizierung zu übernehmende Verpflichtung, auf Wunsch der Eltern in öffentlichen Schulen auch Unterricht in den Regionalsprachen anzubieten oder auf Anforderung amtliche Mitteilungen, Verwaltungsanordnungen, Wahlunterlagen oder Gerichtsurteile in die Regionalsprachen zu übersetzen.

Diese Schilderung der Abfolge der Ereignisse, wie sie die deutsche Presse fast aus Pariser Sicht bevorzugte, ist allerdings stark vereinfacht. Die Zusammenhänge sind komplizierter.

Der Europarat verabschiedete nach langer Vorbereitung 1992 den Text seiner Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen. Der ominöse Artikel 2 der fran-

Fortsetzung auf Seite 5

Aufgebaut und gleich wieder abgerissen?

Viel öffentliches Aufsehen erregte das Kleinautomobil "Smart" des heutigen Superkonzerns Daimler-Chrysler, bevor auch nur das erste Exemplar den potentiellen Käufern unter die Augen kam. Eine neue Fabrik sollte für diese "automobile Revolution" errichtet werden, und um dieses Werk wetteiferten verschiedene Regionen in Europa. Nicht ohne hämische Kommentare über den angeblich miesen "Standort Deutschland" entschied sich Mercedes-Benz, der einstige nationale Prestigekonzern der westdeutschen BRD, ohne großes Zögern für die Fabrikation im Ausland. Das Wettrennen zwischen den möglichen Standorten gewann das lothringische Hambach. Die Herren in Paris, die dem vernachlässigten Lothringen einmal Gutes tun mußten oder wollten, die regionalen und lokalen Mandatsträger mußten sich äußerst spendabel zeigen und die Konzernleitung in Stuttgart mit materiellen Werten überhäufen, um die auch spendablen Konkurrenten auszustechen. Der Coup gelang, die Fabrik wurde in Hambach gebaut, die Notabeln waren zufrieden, die neuen Arbeitnehmer waren zufrieden, der Konzern war es sowieso.

Staunend konnte man in Stuttgart als wichtigen Grund für die Entscheidung zugunsten Hambachs sogar das verschämte Zugeständnis erfragen, daß für den neuen Standort nicht nur die Bereitwilligkeit der Behörden und die hohen Subventionen gesprochen hätten, sondern auch die Nähe zur deutschen Grenze und die restliche Präsenz deutschlothringischer Kultur und Sprache, die den zahlreichen deutschen Führungskräften das Einleben in der Umgebung der Fabrik erleichtern würden. Außerdem habe Mercedes gute Erfahrungen mit den elsässischen Pendlern in seinem badischen Werk gemacht und schätze die einfache sprachliche Verständigung mit seinen elsässischen und lothringischen Mitarbeitern.

Die bräsige Zufriedenheit im Konzern hielt an, als der Smart endlich auf dem Markt erschien. Die ersten Käufer und die, auf die man als zukünftige Kunden setzte, waren

Fortsetzung auf Seite 2

Aufgebaut und gleich wieder abgerissen?

Fortsetzung von Seite 1

auch als erste unzufrieden. Das Autochen war häßlich, im Vergleich zum begrenzten Nutzen extrem teuer und erschien voller konstruktiver Mängel auf dem Markt. Die Konzernleitung wurde bald auch unzufrieden, die 1700 Arbeitskräfte - weniger als versprochen - begannen, um ihre Zukunft zu bangen, nur über den Gemütszustand der Verwaltungen ist nichts bekannt. Wenn man raten will, so dürften die lokalen und regionalen Notablen besorgt sein, denen in Paris, falls sie von der Sache überhaupt Kenntnis erhalten haben, dürfte der Ausgang egal sein.

140.000 Smart-Fahrzeuge wollte Daimler-Chrysler im Jahr 1999 verkaufen, erreichen wird man voraussichtlich ungefähr die Hälfte dieser Vorgabe. Da Daimler-Chrysler seit einigen Jahren auf rasche und hohe Gewinne Wert legt, ist seit Mai - trotz pflichtschuldiger wohlfeiler Dementis - unverblümt davon die Rede, die Produktion des Smart solle eingestellt und das Werk in Hambach solle geschlossen werden, obwohl die Farbe an der Fassade gerade einmal trocken geworden ist. Die Entwicklung des Fahrzeugs, der von teurer Reklame begleitete Aufbau der Marke "Smart" und, fast als geringfügigster Teil, der Bau der Fabrik in Hambach sollen Daimler-Chrysler etwa zwei Milliarden DM gekostet haben, die Schließung wiederum soll etwa zwei bis drei Milliarden Mark verschlingen, denn neben dem Sozialplan für die Arbeitnehmer müssen den mit nach Lothringen gelockten Zulieferbetrieben und den Händlern hohe Entschädigungen gezahlt werden, da man ihnen eine nie erreichte Mindeststückzahl im voraus garantiert hatte. Von den auf diese Weise vernichteten Steuergeldern ist in diesen Summen kein einziger Groschen berücksichtigt.

Der naive Betrachter wundert sich, wie hier ohne allzugroße Gewissensqualen einfach einmal bis zu 5 Milliarden Mark einfach so für einen Versuch ausgegeben werden. Nur mehr verärgert, daß jemand die Dreistigkeit besitzt, guten Gewissens offenbar keinen Gedanken darauf zu verschwenden, einen Teil der Investitionen zu retten und den Arbeitnehmern die Beschäftigung zu erhalten, indem man statt des Smarts ein anderes Automodell in Hambach zu produzieren versucht. Die lothringischen Arbeiter und die ganze Region sind dem Konzern und den ihn führenden Personen offenbar ebenso gleichgültig wie deren Pendants im "Standort Deutschland". Diese sich überall ausbreitende Eiseskälte ist auch damit nicht zu rechtfertigen, daß die süddeutsche Mentalität nicht mehr so hoch im Kurs steht, seit im Konzern das Englische als Verständigungsmittel in die erste Reihe rückte. Da kann sich der steuerzahlende Michel nachträglich ja geradezu gratulieren, daß er den Wettlauf um die höchsten Subventionen für die smarten Automobilverkäufer einmal nicht bis zum Ende mitgemacht hat, obwohl es auf diese verschwendeten Markstücke in Milliardenzahl auch nicht mehr ankommen würde. -er

"Elsässer - Petition für ihren Dialekt"

Unter dieser Überschrift brachte der Staatsanzeiger Baden-Württemberg am 15. März 1999 eine Notiz, derzufolge knapp 400 Schriftsteller, Künstler, Sportler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus dem Elsaß eine Petition zur Förderung des elsässischen Dialekts unterschrieben haben. In dieser Petition, die der Schriftsteller André Weckmann und der Germanistikprofessor Adrien Finck in Straßburg vorstellten, wird Frankreich aufgefordert, die europäische Charta über den Schutz von Minderheitensprachen zu ratifizieren. Die Resolution, die auch von dem Karikaturisten Tomi Ungerer unterzeichnet wurde, erwähnt, daß französische Politiker Frankreich gerne als die Heimat der Menschenrechte bezeichnen, obwohl die Realitäten im Lande nicht mit dieser Behauptung übereinstimmen. André Weckmann sagte: "Elsässisch gehört zur kulturellen Vielfalt Frankreichs genauso wie die auf Deutsch geschriebenen Werke elsässischer Schriftsteller." Tomi Ungerer erklärte: "Sieben Jahre nach Verabschiedung der Charta durch den Europarat hat sich Frankreich seinen Sprachen und vielfältigen Traditionen gegenüber nachlässig, distanziert und ignorant verhalten." Die Unterzeichner der Petition verlangten eine Unterzeichnung der Minderheitensprachencharta noch vor den Europawahlen im Juni. Da wäre das politisch auch noch gerade möglich gewesen, nach den Europawahlen ist auf Unterzeichnung und Ratifizierung kaum noch zu hoffen. kk

Die Petition wurde Anlaß zu wüsten Polemiken in der Öffentlichkeit und vor allem in den DNA. Besonders Politiker wie Catherine Trautmann und Robert Grossmann taten sich bei der Verurteilung der Resolution hervor. Besonderen Anstoß erregte offenbar der Verweis auf die deutsche Hochsprache, die die Schriftsprache des Elsässischen sei und von der die Mundart nicht amputiert werden dürfe.

Medienelend in Deutschland

Die Berichterstattung der deutschen Medien über das Elsaß und Lothringen und deren spezielle Leistungen und Probleme ist besonders dürftig, und das will etwas heißen. Über Kochrezepte und Weinlagen kommt der deutsche Journalismus kaum hinaus und vermittelt immer mehr den Eindruck, daß im Elsaß (Lothringen hält man sowieso für eine Wüstenei) Frankreich zwar äußerlich irgendwie besonders vertraut, aber auch besonders französisch sei. Wo das noch anders ist, handelt es sich um kleinere Blätter für eng umrissene Zirkel, die man leicht mit einem häßlichen Etikett aus der Öffentlichkeit eliminieren kann.

Die innerfranzösische Auseinandersetzung um die Europäische Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen kam deshalb in den deutschen Medien nur ganz selten und extrem verkürzt vor, und das meist auch erst nach der Entscheidung des Verfassungsrats.

Die FAZ zeichnete sich jahrzehntelang durch eine umfassende und relativ detaillierte Berichterstattung übers Elsaß aus, erst von Nicholas Benckiser, danach durch Dieter Wenz. Ihnen folgte seit einigen Jahren - nichts. Das bürgerliche Ärgernis vom Main hat im Juni rückblickend immerhin über die Auseinandersetzung um die gescheiterte Ratifizierung der Charta berichtet, aber das Elsaß und Lothringen dabei nicht mit einem Wort erwähnt und die Besonderheit, daß das Hochdeutsche vom Schutz durch die Charta, wenn aus der Charta denn etwas geworden wäre, mit Vorsatz völlig ausgeschlossen werden sollte, ganz unterschlagen.

Nachdem die deutschen Medien über die Charta und ihre Rolle in Frankreich so wenig und so spät berichteten - die FAZ häppchenweise über eine Woche verteilt und verspätet, mußte der Bericht in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift viermal umgeschrieben werden, um nicht inaktuell zu erscheinen. Dadurch hat sich das Erscheinen dieser Ausgabe verzögert, was die Redaktion zu entschuldigen bittet.

Beitrag 1999

Bitte denken Sie daran, den Mitgliedsbeitrag in Höhe von DM 30,– auf eines der unten genannten Konten der Gesellschaft zu überweisen. Auch Spenden sind willkommen und werden dringend benötigt.

ISSN 0179-6100

DER WESTEN, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung e.V., Geschäftsstelle: Barbarossastrasse 14, D-73066 Uhingen. Konten: Postgiro Stuttgart 370 15-708 (BLZ 600 100 70). Deutsche Bank Stuttgart 12/55 066 (BLZ 600 700 70) Redaktion und für den Inhalt verantwortlich: Dietrich Pfaehler.

Druckerei Leibold GmbH,
Karlsruher Str. 46
76287 Rheinstetten-Forchheim

Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsformular bei.

Das Elsaß im staufisch-welfischen Thronstreit (1198 – 1212)

Am 28. September 1197 starb der staufische Kaiser Heinrich VI., Sohn und Nachfolger Barbarossas, knapp 32 Jahre alt und hinterließ als Erben den kaum dreijährigen Sohn Friedrich. Heinrich VI. hatte die Politik seines Vaters konsequent fortgesetzt, die staufische Königsmacht in Deutschland gefestigt und die Kaiserwürde zu höchstem Ansehen im Abendland gebracht. Er wollte das Reich in eine Erbmonarchie auf der Grundlage einer dauernden Verbindung des deutschen mit dem sizilianischen Königreich umwandeln. Durch den unerwartet frühen Tod blieb sein staatspolitisches Werk stecken und verfiel, weil es niemand fortführen konnte. So markiert das Jahr 1197 eine Wende, einen tiefgehenden Einschnitt in der Reichsgeschichte mit erheblichen Auswirkungen auf weite Teile Europas.

Die Lage in Italien

Sogleich nach Kaiser Heinrichs Tod kam es in allen Teilen Italiens zu Aufständen der einheimischen Fürsten gegen die deutsche Herrschaft. Deshalb war es nicht möglich, dem letzten Wunsch des sterbenden Kaisers entsprechend, sein schon zum deutschen König gewähltes Kind Friedrich unverzüglich zur Kaiserkrönung nach Aachen zu bringen. Der kleine Erbprinz verblieb deshalb bei seiner Mutter, Kaiserin Konstanze, in Palermo. Dort wurde er auf Konstanzes Veranlassung 1198 zum König von Sizilien gekrönt unter Anerkennung der Lehnshoheit des Papstes und unter Verzicht auf die deutsche Krone. Nach dem Tod Konstanzes im November 1198 übernahm der Papst - es war Innozenz III. - als Lehnsherr und zugleich als Vormund Friedrichs die Regierung von Sizilien. Die von Kaiser Heinrich VI. erreichte Einheit des Reiches mit Sizilien war zerbrochen.

Die Lage in Deutschland

Barbarossas jüngster Sohn Philipp (1176 oder 1177 – 1208) war nach dem Tod seines Bruders Konrad (1196) als dessen Nachfolger Herzog von Schwaben geworden. Ihm fiel nach dem Ableben seines kaiserlichen Bruders die Aufgabe zu, seinem jungen Neffen Friedrich die deutsche Krone zu sichern und für ihn die Regentschaft in Deutschland zu führen. Obwohl die Reichsfürsten schon den Treueeid für den künftigen König Friedrich geleistet hatten, trat nun ein Teil von ihnen in Opposition zu den Staufern. Nach knapp 50 Jahren staufischer Kaiserzeit versank Deutschland in lange anhaltende Parteikämpfe zwischen Welfen und Staufern. Dadurch wurde das Ende der hegemonialen Stellung des Reiches eingeleitet, und es begann der Aufstieg der westlichen Staaten. Das Reich geriet endgültig zur Wahlmonarchie, während in England und Frankreich die Königskronen erblich wurden.

Der Erzbischof von Köln, Adolf von Berg, schärfster Gegner des staufischen Erbreichsplans, betrieb jetzt die Wahl eines Staufergegners zum deutschen König. Deutschland begann, sich in zwei Lager zu spalten. Im Norden und Nordwesten fanden sich die meisten Staufergegner, während der Süden überwiegend staufertreu blieb. Am 1. März 1198 kam es in Köln zur Wahl des Berthold von Zähringen, einem Konkurrenten der Staufer am Oberrhein. Die Stauferanhänger fühlten sich nun im Zugzwang und wählten am 8. März 1198 in Mühlhausen (Thüringen) den Herzog Philipp von Schwaben zum König. Als Berthold von Zähringen, unsicher geworden, nach kurzer Zeit zurücktrat, mußten am 9. Juni 1198 die Staufergegner in Köln einen neuen Wahlgang durchführen. Mit Hilfe des englischen Königs Richard I., Löwenherz (1157 – 99), der beträchtliche Subventionen zahlte, gelang es, die Wahl des am englischen Hof erzogenen jungen Welfen Otto, dem zweiten Sohn Heinrichs des Löwen (1129 – 95), durchzusetzen. Es war das erste Mal, daß in Deutschland nicht päpstlicher Einfluß, sondern der Einfluß eines fremden Staates bei der Königswahl den Ausschlag gab. Der welfisch-englischen Verbindung, die hier zusammengewirkt hatte, wurde bald ein staufisch-französisches Bündnis entgegengesetzt. So wurde der deutsche Thronstreit mit den englisch-französischen Auseinandersetzungen verkoppelt und von deren Wechselfällen abhängig. Es war den Beteiligten klar, daß die Gültigkeit der deutschen Königswahl letztlich durch den militärisch Stärkeren entschieden werden würde.

Unmut über die Staufer im Elsaß

Das Verhältnis der Staufer zu manchen Adelskreisen im Elsaß hatte sich während der Regierungszeit des Kaisers Heinrich VI. verschlechtert. Schuld daran hatte des Kaisers Bruder Otto, der von 1189 – 1200 Pfalzgraf von Burgund war. Jener hatte nach dem Tod seiner Mutter, Kaiserin Beatrix, deren Erbland als reichsunmittelbare Freigrafschaft (Franche Comté) - Hauptstadt Dôle - übertragen bekommen. Zeitgenössische Chronisten bezeichneten ihn als aufbrausend, gewalttätig und zügellos. Durch streitsüchtiges Wesen und Verachtung des überkommenden Rechts verfeindete sich Otto mit den benachbarten Fürsten. Schließlich erschlug er den Grafen Ulrich I. von Pfirt (1189 – 1197), mit dem er zu Verhandlungen zusammengekommen war, in einem Anfall von Jähzorn. In den Annalen des Klosters Marbach (Oberelsaß) wurde dieser Vorfall so kommentiert: "Dadurch wurde Otto nicht nur seinen Feinden, sondern auch manchen seiner Freunde hassenswert."

Eine antistaufische Koalition im Elsaß

Der Bischof von Straßburg, Konrad II. von Hüneburg (1190 – 1202), hatte bis zum Tod des Kaisers Heinrich VI. treu auf dessen Seite gestanden. Als aber im Herbst 1197 der Pfalzgraf Otto von Burgund die Hüneburg im Unterelsaß belagerte und bei der Verteidigung der Burg der Bruder des Bischofs ums Leben kam, verbündete sich der Bischof mit stauferfeindlichen Geschlechtern des Elsaß, den Grafen von Dagsburg, Werd und anderen. Diese Koalition begann umgehend mit Einfällen in das burgundische Gebiet, um den Pfalzgrafen Otto zu schädigen. Aber bald verwüsteten sie auch elsässischen Besitz der Staufer und Reichsgut im Elsaß, u. a. die Städte Kolmar, Schlettstadt, Rosheim und die Reichsabtei St. Gregoriental bei Münster. Dem Treiben dieser Gruppe trat dann Herzog Philipp von Schwaben entgegen. Nachdem es zu einem Waffenstillstand gekommen war, beriet sich Philipp im Dezember 1197 in Hagenau mit seinen Gefolgsleuten über das weitere Vorgehen und die Anwerbung von Helfern. Aus dem Staatsschatz seines verstorbenen kaiserlichen Bruders standen ihm hinreichende Finanzmittel zur Verfügung. Zu gleicher Zeit begab sich der Straßburger Bischof Konrad nach Andernach am Rhein, wo eine Versammlung von stauferfeindlichen Fürsten des nördlichen Deutschland über die Wahl eines Königs beriet. Die Spaltung Deutschlands in zwei Lager war nun offenkundig.

Herzog Philipp erachtete es für notwendig, zunächst im Elsaß, das zu seinem Herzogtum Schwaben gehörte, die gegnerischen Kräfte auszuschalten und den Landfrieden wieder herzustellen. Das gelang ihm in zwei energisch geführten Feldzügen in den Jahren 1198 und 1199. Dabei wurden u. a. die befestigten Plätze des Bischofs Molsheim und Epfig sowie die Isenburg bei Rufach (Oberelsaß) eingenommen und die Dagsburger Feste Girbaden (zwischen Magel und Breuschtal) zerstört. Als Philipp 1199 auch Straßburg belagerte und schon die Randsiedlungen niedergebrannt hatte, wurde die Stadt übergeben. Die Stauferfeinde waren nun zum Friedensschluß bereit. Der Bischof erhielt die ihm weggenommenen Lehensgebiete zurück, nachdem er eine Loyalitätserklärung gegenüber dem inzwischen zum König gewählten Herzog Philipp abgegeben hatte.

Die Zeit des Doppelkönigtums in Deutschland

Das Kräfteverhältnis zwischen dem staufischen König Philipp und dem welfischen Gegenkönig Otto war zunächst ausgeglichen. Der Papst verhielt sich anfangs abwartend, wandte sich aber dann dem Welfen zu, der sich päpstlichen Forderungen gegenüber gefügiger gab. Papst Innozenz III. (1198 – 1216) anerkannte ihn 1201 als König. Nach dem Tod seines Oheims Richard Löwenherz (1199) und der anschließenden Herrschaft des Königs Johann I. ohne Land (1199 – 1216) flossen die englischen Subventionen für Otto spärlicher. Dadurch verminderte sich sein Handlungsspielraum und das Interesse eines Teils seiner Verbündeten. König Philipps Position verbesserte sich dagegen stetig. Als er 1206 den Welfen in der Schlacht bei Wassenberg westlich Köln besiegte, mußte sich Otto in sein braunschweigisches Erbland

Fortsetzung auf Seite 4

Das Elsaß im staufisch-welfischen Thronstreit (1198 – 1212)

Fortsetzung von Seite 3

zurückziehen, das ihm allein noch sicher war. Im Juni 1207 konnte Philipp in Straßburg einen glänzenden Hoftag abhalten, zu dem nicht nur seine alten Getreuen sondern auch viele ehemalige Gegner - u.a. die elsässischen Grafen von Dagsburg und Werd - erschienen und ihm huldigten. Längst war auch der Papst mit Philipp in Verhandlungen eingetreten. So kamen noch im Jahr 1207 zwei päpstliche Legaten nach Deutschland, die zuerst einen einjährigen Waffenstillstand zwischen den streitenden Parteien vermittelten. Dann reisten die Legaten mit Bevollmächtigten beider Könige nach Rom, wo die Frage der Königsherrschaft in Deutschland endgültig geregelt werden sollte. Der Rücktritt Ottos war vorbereitet, alles lief auf die Anerkennung Philipps hinaus. Philipp war zu gewissen Zugeständnissen bereit, insbesondere zur Heirat einer seiner Töchter, wohl der älteren Beatrix, mit seinem welfischen Gegner Otto.

Ende des Doppelkönigtums

Es kam nicht wie geplant. König Philipp wurde bei der Teilnahme an der Hochzeit einer Nichte mit dem Herzog Otto VII. von Andechs-Meranien am 21. Juni 1208 in Bamberg ermordet. Die Bluttat wurde von dem Pfalzgrafen Otto von Wittelsbach begangen. Es soll sich um einen persönlichen Racheakt gehandelt haben wegen des Bruchs eines Eheversprechens (Tochter Philipps?), das der Pfalzgraf als Verletzung seiner Ehre betrachtet hatte.

Der welfische Gegenkönig Otto war plötzlich der einzige Thronanwärter, der auch bald mit den Stimmen aller Fürsten gewählt wurde. Auch der staufische Anhang war nun einverstanden, nachdem es zur Verlobung Ottos mit Philipps Tochter Beatrix gekommen war. Danach zog Otto nach Italien und wurde in Rom zum Kaiser gekrönt. Als Otto sogleich versuchte, die staufische Politik in Italien wieder aufzunehmen, kam es zum Zerwürfnis mit dem Papst und zur Exkommunikation. Der Papst stellte nun sein Mündel Friedrich, Sohn des Stauferkaisers Heinrich VI. als Gegenkaiser auf. In Deutschland erhob sich jetzt wieder die staufische Opposition gegen Otto und wählte 1211 Friedrich in Nürnberg zum Kaiser. Obwohl diese Wahl keine rechtliche Bedeutung hatte, galt sie doch als eine bedeutsame Willenserklärung, die den Glauben an Ottos Zukunft erschütterte.

Die Wende im Thronstreit begann im Elsaß

Im September 1212 traf der kaum 18jährige Friedrich, von Spöttern "Puer de Apulia" (das Kind von Apulien) genannt, mit nur kleinem Gefolge in Deutschland ein und gelangte über Konstanz nach Basel. Dort erhielt er spontan Zuzug von zahlreichen Fürsten und Edelleuten, unter ihnen auch der Bischof von Straßburg und der oberelsässische Landgraf Rudolf II. von Habsburg. Obwohl sich der vom Papst Innozenz gebannte Kaiser Otto IV. im benachbarten rechtsrheinischen Gebiet aufhielt, vermochte er Friedrich nicht aufzuhalten, weil es ihm an Unterstützung durch den schwäbischen Adel mangelte. So konnte der junge Staufer ungehindert, wie in einem Triumphzug, von Basel das Elsaß hinunterziehen bis nach Hagenau. Überall im Stammland seiner Vorfahren war er willkommen. Vielleicht gründet die spätere Erklärung Friedrichs, das Elsaß sei "das geliebteste seiner Erbländer" mit auf diese herzliche Aufnahme bei seiner ersten Ankunft im Land. Die machtpolitische Bedeutung des Elsaß war dem hochbegabten jungen Staufer von Anfang an klar. Hatte doch schon der Geschichtsschreiber Otto von Freising (1112 – 1158) betont, daß hier die "maxima vis regni" (die Hauptkraft) des Reiches liege.

Friedrich knüpfte sogleich die Fäden staufischer Politik an der Stelle neu, an der 1198 sein Onkel, König Philipp, den Kampf für den Thronanspruch seines Neffen aufgenommen hatte. Vom Elsaß aus begab sich Friedrich alsbald nach Vaucouleurs an der Maas (nahe Toul) zu einem Treffen mit dem französischen Thronfolger, um das staufisch-französische Bündnis gegen den gebannten Kaiser Otto IV. und dessen englischen Onkel Johann zu erneuern. Otto sah nun seine Chance, den Thronstreit zu gewinnen, in der Niederwerfung Frankreichs zusammen mit seinem Onkel. Als jedoch in der Schlacht von Bouvines (bei Lille) 1214 die englisch-welfische Armee von den Franzosen vernichtend geschlagen wurde, mußte Otto alle Hoffnungen begraben. Die letzten Jahre bis zu seinem Tod 1218 verbrachte er völlig entmachtet auf seinen Hausgütern. Die Kaiserkrönung Friedrichs erfolgte nach seiner Rückkehr nach Italien 1220 in Rom.

Das Elsaß stand also während des staufisch-welfischen Thronstreits zweimal, nämlich 1198/99 und 1212, im Mittelpunkt des Geschehens. kk

---

Neuer Präfekt

Neuer Präfekt für das Unterelsaß ist seit einigen Wochen Philippe Marland, zuvor seit 1995 Präfekt des Departements Alpes-Maritimes. Besonders widmen will sich der neue Präfekt der inneren Sicherheit, der Beschäftigung, der Lebensqualität und einigen spezielleren Dingen wie dem TGV-Est.

Stadtarchäologie in Straßburg

Bei Bauarbeiten an der Linie B der Straßburger Straßenbahn wurde vor der Banque de France, gegenüber dem Broglieplatz, ein Friedhof aus dem 7./8. Jahrhundert entdeckt. Hinter einem kaum brusthohen Zaun konnten zahlreiche Passanten den Ausgrabungsarbeiten interessiert zusehen.

Professor Oscar Cullmann gestorben

Einer der großen Theologen unserer Zeit, der in hohem internationalen Ansehen stehende elsässische Wissenschaftler Professor Oscar Cullmann, ist am 16. Januar 1999 verstorben. Zur Trauerfeier, die für ihn am 22. Januar in der Straßburger Thomaskirche stattfand, sandte Papst Johannes Paul II. eine Botschaft, in der er den ökumenischen Geist des verstorbenen protestantischen Theologen würdigte. Der 1902 in Straßburg geborene Cullmann war schon sehr früh für die wissenschaftliche Laufbahn vorgesehen, um darin eine Straßburger Tradition fortzuführen. An der Theologischen Fakultät der Straßburger Universität wurde Cullmann in jungen Jahren Professor für das Neue Testament. Bereits 1938 erhielt er die Berufung auf den Lehrstuhl für das Neue Testament und die Geschichte der Alten Kirche an der Universität Basel. Dort veröffentlichte der Theologe, der in Deutsch und Französisch schrieb, sein epochemachendes Werk "Christus und die Zeit", das die Welt der theologischen Wissenschaft stark beeindruckt hat. Als Cullmann 1945 einen Ruf nach Straßburg erhielt, wirkte er fortan an den beiden Universitäten Basel und Straßburg. Im Jahre 1948 wurde unser elsässischer Landsmann Direktor der angesehenen Hochschule für religiöse Wissenschaften in Paris. Später ist er im ökumenischen Bereich als Mitarbeiter am Zweiten Vatikanischen Konzil bekannt geworden. Ferner hat er sich durch seine Arbeit "Petrus als Jünger, Apostel und Märtyrer" unter die großen Erforscher des Urchristentums eingereiht, die in unserem Jahrhundert wirkten. me

AKW Kattenhofen

Die vier Blöcke des Atomkraftwerks Kattenhofen wurden seit ihrer Inbetriebnahme bis Februar 1999 218mal abgeschaltet, meist wegen betriebsbedingter Störungen. Dies teilte das saarländische Umweltministerium Mitte Februar dieses Jahres mit, das seit Jahren die Stillegung von "Cattenom" (so heißt Kattenhofen auf Deutsch) verlangt.

Ebersmünster

Die 1730 gebaute Silbermannorgel der Abteikirche Ebersmünster wurde nach einer umfassenden Restaurierung mit einem Orgelkonzert wieder eingeweiht. Der Organist Michel Chapuis spielte Werke französischer Meister des 17. und 18. Jahrhunderts und von Johann Sebastian Bach. Die Restaurierung ist der Initiative und dem Einsatz der Vereinigung der Freunde der Abtei Ebersmünster zu verdanken, die auch die Festveranstaltung organisierte.

Absurdes Theater in Frankreich

Fortsetzung von Seite 1

zösischen Verfassung, der die Charta nun verfassungswidrig erscheinen läßt, wurde genau zu diesem Zweck 1992 chartenfest gemacht und neu gefaßt ("Die Sprache der Republik ist Französisch."). Folgerichtig erklärte im September 1996 der Staatsrat (Conseil d'Etat) die Charta für unvereinbar mit der Verfassung. Der Verfassungsrat ging nun über diesen Einwand weit hinaus. Er sieht die Unteilbarkeit der Republik, die Gleichheit (!) aller Bürger vor dem Gesetz und die Einheit des französischen Volkes durch die Charta bedroht bzw. befürchtet, die Umsetzung der Bestimmungen der Charta werde das alles und damit Frankreich zerstören. Der Verfassungsrat widerspricht damit nicht nur wesentlichen verfassungsrechtlichen Gutachten, die im Vorfeld der Entscheidung zu gegenteiligen Interpretationen kamen, sondern auch sich selbst. 1991 hatte er befunden, Unterricht in korsischer Sprache sei mit dem Gleichheitsprinzip der Verfassung vereinbar, solange er nicht Pflicht sei. Nun stellt sich die Charta angeblich gegen dieses Prinzip, obwohl sie den Unterricht in der Regionalsprache nur auf Wunsch, also freiwillig, ermöglicht sehen will und obwohl die Charta ausdrücklich feststellt, Schutz und Förderung der Minderheitensprachen dürften nicht zu Lasten der Amtssprache erfolgen!

Zweierlei Maß

Man erinnere sich, was Frankreich für Frankokanadier, belgische Wallonen, Welschschweizer und Savoyarden an Selbstverständlichkeiten fordert und wie wenige dieser berechtigten Forderungen es Bretonen, Basken, Flamen, Korsen, Okzitaniern und Elsaß-Lothringern erfüllen will.

In erprobter deutscher Tradition sollte man nicht in Ehrfurcht erstarren und glauben, der Verfassungsrat sei nach der bloß noch legendenhaften Karlsruher Analogie ein Olymp verdienter Richter. Das ist er in Frankreich nicht, sondern ein politisches Instrument und wird dominiert von abgedankten Regierungs- und Parteipolitikern, die schon jahrgangsmäßig ganz von der jakobinisch-zentralistischen Maximalposition geprägt wurden und von den neueren, großzügigeren, unverkrampfteren und freiheitlicheren Strömungen unberührt blieben. Die Entscheidung des Verfassungsrats ist eine rein politische Entscheidung, keine juristische. Schwer vorhersagen läßt sich, ob es sich hier um eine Demonstration der Kräfteverhältnisse oder um einen letzten Bremsversuch der Vertreter einer überholten Staatsauffassung und Denkweise handelt. Selbst ein Bremsversuch dürfte nachhaltig wirken, denn die Ratifizierung der Charta kann jetzt nur nach einer Verfassungsänderung erfolgen, und dafür benötigt man eine Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern des Parlaments oder den Erfolg in einem Referendum. Obwohl Frankreichs politische Führungsschicht, seine Publizistik und das öffentliche Leben nicht mehr so blockhaft einheitlich jakobinisch-zentralistisch erscheinen wie bisher darf man doch daran zweifeln, daß sich das Kräfteverhältnis seit 1992 umgekehrt haben könnte.

Eigentümlich an dieser ganzen absurden Veranstaltung ist sogar die Unterzeichnung der Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen durch die französische Regierung. Paris hat nicht die Charta unterzeichnet (und auch ihre Ratifizierung versprochen), sondern nur 39 Artikel (ursprünglich waren sogar nur 35 vorgesehen) der Charta - und 59 nicht. Ein Häppchen also, geschluckt werden die Krötenschenkel, keineswegs die ganze Kröte!

Harter Meinungsstreit

Und beachtet werden muß auch der propagandistische Flankenschutz, den die Unterzeichnung der Charta in den Wochen zuvor erhielt. Fast jeder Minister, Parlamentarier oder Publizist äußerte sich zum Thema. Kulturministerin Catherine Trautmann kam am 7. März in einem Bericht der DNA zu Wort, man könnte ihre Ausführungen durchaus als Warnung, gar als Drohung qualifizieren. Merkwürdigerweise rechnet man die Ministerin zu den Befürwortern der Unterzeichnung! Denen, die von der Charta eine Renaissance der Minderheitenregionen erwarteten, hielt sie Vergangenheitsbezogenheit vor ("les nostalgies du passé"). "Wir werden weder die Sehnsucht nach der Vergangenheit noch die Wiederherstellung einer Identität, die nicht existiert, befördern." Wie geht das, etwas wiederherstellen, was nicht existiert? Damit auch deutlich werde, was keinesfalls durch die Unterzeichnung der Charta erreicht werden dürfe, gab es noch einen Tritt gegen Henri Goetschy, den Präsidenten des Generalrats für das Oberelsaß und gewählten Senator in Paris. Goetschy setzt sich verbal und praktisch unermüdlich für die elsässische (Sprach-) Kultur ein, ist Mitglied vieler und Gründer mancher regionaler Vereinigungen. Goetschy verwendet auch bei manchen offiziellen Anlässen die Mundart, was ihm offenbar die besondere Verachtung der Ministerin sichert: "Bref, nous ne ferons pas de politique goetschyenne ..." Die Zweifel an ihrem Verständnis für die Besonderheiten des Elsaß, die während ihrer Amtszeit als Bürgermeisterin in Straßburg immer wieder hintangestellt wurden, hat Ministerin Trautmann nun endgültig bestätigt. Bei einem Besuch in Ajaccio hatte sie sich gar auf Kosten des Elsaß profiliert: "Korsisch ist nicht wie elsässisch. Es ist eine alte Sprache, ein Kulturbesitz."

Die verbalen Entgleisungen der Ministerin Trautmann sind jedoch vermutlich keine Temperamentsfrage, sondern politisches Kalkül. Im Februar hatten 400 Persönlichkeiten aus der elsässischen Elite die Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta gefordert und verlangt, den Dialekt und seine hochdeutsche Schriftform unter den Schutz der Charta zu stellen. Das widersprach den Grundsätzen der Pariser Politik, selbst denen der "liberalen" Pro-Charta-Fraktion und dieses Feuer wollte Frau Trautmann rechtzeitig austreten.

Das für die Regierung Jospin erstellte Gutachten des Staatsrechtlers Guy Carcassone, das die Charta als verfassungskonform einstufte, machte zwei wesentliche Einschränkungen. In Frankreich sei das Volk eins, es setze sich aus Individuen mit ihren Individualrechten zusammen, "Minderheiten" existierten deshalb nicht. Zweitens empfahl Carcassone, jede Sprache, die von einer "signifikanten Anzahl" von Franzosen gesprochen werde, als "Minderheitensprache" zu betrachten (was eine endlose Zahl ergäbe), soweit es sich dabei nicht um die "Amtssprache" eines fremden Staates handele. Damit war das Hochdeutsche dem Hochverrat gleich und aus diesem Grunde tauchte in den Listen der möglicherweise von der Charta zu begünstigenden Sprachen ein bis dato unbekannter elsässisch-moselanischer Dialekt auf. Dieser Zusammenhang, die extreme Rage der Ministerin Trautmann und anderer, besonders solcher mit deutschen Familiennamen, dazu das auf dem Buchmarkt reüssierende Phantom der deutsche Gefahr, ergibt alles eine sehr interessante Melange zur Verfeinerung der "deutsch-französischen Freundschaft".

Modernisierung Frankreichs

Unbestreitbar ist, trotz aller Zweifel an Mitterrand und seinen Adepten, daß sich Frankreich verändert hat, seit Mitterrand erstmals das etatistische Tabu der einen Sprache und einen Kultur partiell in Frage stellte. Die Auseinandersetzung mit der Existenzberechtigung der regionalen Kulturen in Frankreich ist erstmals nicht mehr das Thema verbitterter Randgruppen oder exzentrischer Menschenfreunde. Der Streit um die Charta spaltet das französische Establishment, die Spaltung geht horizontal durch fast alle Parteien, das alte Rechts-links-Schema ist suspendiert. Während Catherine Trautmann die Anhänger der Charta als Ewiggestrige einordnet, reklamieren diese ein "modernes Frankreich" für sich. "Altertümlich und fundamentalistisch" nannte Trautmanns Vorgänger Jack Lang die Entscheidung des Verfassungsrats. Engstirnig, jakobinisch (als Minuspunkt!) lauteten manche Kommentare. Der Fraktionschef der Liberalen, Rossi, traf die Stimmung ganz exakt: "Es gibt in unserem Land heute eine Kluft zwischen jenen, die sich ängstlich an einem jakobinischen, zentralstaatlichen Ideal festklammern, und denen, die ein modernes Frankreich wünschen, das Vielfalt und Freiheit zuläßt." Mit dieser Sichtweise traten auch nach dem Votum des Verfassungsrats große Teile der sozialistischen, zentristischen, grünen und liberalen Fraktionen für die Ratifizierung der Charta ein und unterstützten den Vorschlag Premierminister Jospins, die Verfassung zu ändern. Auch der proeuropäische Flügel der Neogaullisten war für die Charta eingenommen. Allerdings sind die Neogaullisten im Europawahlkampf faktisch zerbrochen. Daß die antieuropäisch eingestellten Bewegungen

Fortsetzung auf Seite 6

Absurdes Theater

Fortsetzung von Seite 5

bzw. Parteien des derzeitigen Innenministers Chevènement bzw. des früheren Innenministers Pasqua (Gaullist) am linken und rechten Flügel des Parteienspektrums die Europawahl gewannen, hat ihre Chance ganz erheblich gesteigert, eine Verfassungsänderung und damit die Ratifizierung der Charta zu verhindern. Entsprechend zufrieden waren ihre Kommentare. "An der Einheit der Republik darf nicht gerüttelt werden!" (Pasqua), Chevènement warnte vor einer "Balkanisierung Frankreichs" durch "ethnische und andere diffuse Kriterien" und nannte die (einheitlich französische) Sprache "ein wesentliches Element der Identität Frankreichs". Chevènements Vertrauter Sarre sprach vom Verfassungsratsentscheid als einem "Sieg für die Republikaner."

Furcht vor Deutschland

Manche Kommentatoren halten dem Verfassungsrat auch eine Motivation zugute, die direkt und indirekt seit dem vergangenen Jahr sehr deutlich aus dem Umkreis von Chevènement und Pasqua und aus intellektuellen Zirkeln in Paris und Straßburg (!) zu hören ist. Deutschland wolle Europa beherrschen, nicht nur ökonomisch. Die politische Waffe, mit deren Hilfe es dieses Ziel erreichen wolle, sei die Zerschlagung und Schwächung Frankreichs durch Regionalisierung, auch der Verwaltung, und durch Schwächung seines kulturellen Fundaments. Die deutschen sprachlichen Minderheiten außerhalb Deutschlands, insbesondere die Elsässer, seien eine fünfte Kolonne, mit deren Hilfe Deutschlands Herrschaftsanspruch durchgesetzt werden solle. Frankreich solle durch das "ethnische Prinzip" zerstört werden, die Elsässer würden sich danach aus Dankbarkeit Deutschland annähern. Nachlesen kann man diese krude, eingeschüchterte Argumentation, die vom Geisteszustand der deutschen Öffentlichkeit und der deutschen Politiker eine irrig achtungsvolle Meinung voraussetzt, in den Büchern von Yvonne Bollmann ("La tentation allemande") und Alain Griotteray ("Voyage au bout de l'Allemagne"), in dezenterer Form auch bei Chevènement in seinem 1996 erschienenen Buch "France - Allemagne, parlons franc". Wie muß es in Leuten aussehen, deren Deutschlandbild über 60 Jahre alt ist und unverändert jugendfrisch fortlebt, falls es je zutreffend gewesen sein sollte. Und welche alberne und realitätsferne Vorstellung, das zahnlose Löwenfell Elsaß sei in Wirklichkeit ein Ungeheuer, klettere von der Wand und verlasse schnurstracks das französische Mutterhaus, die wohltätige Mutter France noch mit scharfen Zähnen beißend, als sie das Untier zurückhalten will. Absurdes Theater!

Chiracs Wendungen

Nach dem Votum des Verfassungsrats lehnte Staatspräsident Chirac es ab, eine Verfassungsänderung zu initiieren. Damit war Premierminister Jospins Versprechen durchkreuzt, die Charta im Jahr 2000 doch noch zu ratifizieren. Chirac versicherte, er wolle die "Grundprinzipien der Republik" nicht in Frage stellen. Daraufhin erklärte Premierminister Jospin in der Nationalversammlung, seine Absicht sei es weder gewesen, die nationale Einheit zu gefährden, noch, die französische Sprache zu schwächen. Es handele sich darum, "den kulturellen Reichtum Frankreichs anzuerkennen und manchmal auch zu retten." Chirac entgegnete in einem Kommuniqué: "Man kann den Platz würdigen, den die Regionalsprachen in unserem Kulturerbe einnehmen, ohne die Verfassung zu ändern und die Einheit der Nation in Frage zu stellen." Artikel 2 aus dem Jahr 1992 ist offenbar besonders altehrwürdig und unantastbar. Wo bleibt da der vielzitierte Pragmatismus französischer Politik? Statt dessen bietet sie Ajatollah-Fundamentalismus! Die erstaunliche Rede, die Chirac im Juni 1996 in Quimper gehalten hatte und in der er den bretonischen (und anderen) Regionalisten schmeichelte und die Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen verhieß, war nur sommerlich heiße Luft. Allerdings muß man berücksichtigen, daß Chirac unter dem Eindruck der Niederlage der Neogaullisten bei der mickrigen Europawahl steht und den totalen Niedergang seiner Partei befürchtet, nachdem ihr die jakobinischen Links- und Rechtsnationalisten unter Chevènement bzw. Pasqua die Wähler (Pasqua auch viele Funktionsträger) weggenommen haben. Seit Jahrzehnten verändern Frankreichs politische Parteien ständig ihren Aggregatszustand. Deshalb muß die jetzige verfahrene Lage nicht von Dauer sein. Die der Charta zugeneigte Richtung leider auch nicht.

Den Verfechtern der Regelungen, die die Charta trotz aller Fragezeichen ermöglicht hätte, bleibt nur übrig, die ihnen wichtigen Lösungen nun einzeln und Stückchen für Stückchen lokal und regional durchzusetzen, indem sie der Politik so lange auf die Nerven fallen, bis die im Kleinen nachzugeben beginnt, Verfassungsrat her oder hin. Und warum nur schaffen die betroffenen regionalen Bewegungen keine wirksame Koordination solcher Schritte untereinander? Und warum kann nur Monsieur Pasqua erfolgreich eine neue Partei gründen? Mehrheiten dürften sie kaum auf Anhieb bekommen, aber ein unübergehbarer Koalitionspartner zu werden, das gibt sogar bessere Einflußmöglichkeiten. Warum versucht's keiner?

Innenminister Chevènement hat in seiner Polemik gegen die Charta und in seinem Jubel über den Verfassungsratsspruch vor der "Balkanisierung Frankreichs" gewarnt. Der Minister hat dabei eine Blöße des fundamentalistischen Zentralismus der une et indivisible offengelegt, die sich ohne Charta gar nicht mehr bedecken läßt. Hätten die Kriterien von Rambouillet Geltung, auf deren Grundlage Bomben auf Belgrad geworfen wurden, so wären ebenso Bomben auf Paris gerechtfertigt. In welchem Unterholz hat sich die westliche Wertegemeinschaft da nur verheddert - und verheddert sich immer weiter!

Elsaß und Lothringen in der Falle

Für den Fall, daß der Verfassungsrat die Charta gebilligt hätte, hatten ihre halbherzigen Befürworter wie erbitterten Gegner bereits eine befestigte Rückzugsstellung vorbereitet. Ein nebulöses "patrimoine linguistique" sollte alle Regionalsprachen unter der Oberherrschaft der Staatssprache gefangenhalten. Plötzlich war von 75 (!) Regionalsprachen die Rede, die von der Charta profitieren würden. Das Elsässische und das Moselfränkische erschienen in diesen Überlegungen nur als ein (!) Dialekt, ganz ohne Bezug zur hochdeutschen Schriftsprache. Und die Eingeborenensprachen der sogen. Überseedepartements, als die die verbliebenen außereuropäischen Kolonien schönfärberisch dekoriert werden, sollten folgerichtig auch chartenbegünstigt auftreten dürfen - und dazu die Sprachen von Einwanderern (jiddisch, Berbersprache, manouche - was auch immer das sei). Basken, Bretonen, Flamen, Okzitanier (meist sowieso unterschlagen), Korsen, Elsässer, Lothringer - aneinandergereiht mit Kolonien und Einwanderern. Da weiß der bewußte Regionalist im Norden, Westen, Süden und Osten wenigstens, woran er ist. Koloniale Fremdkörper, irgendwie ins eine Frankreich geweht. Ein Körnchen jakobinischer Wahrheit kam so durchaus ans Tageslicht.

ch-r

Das passende Wort

"Das ist die teutonische Art des Worthaltens. Merkwürdig, diese Deutschen! Sie tun, was sie sagen." Das "Journal du Dimanche" über die deutsche Atomausstiegspolitik. Das Zitat ist umkehrbar und dann universell verwendbar, zum Beispiel zur französischen Politik in Sachen Europäische Charta und Minderheitenrechte. *Sie tun das Gegenteil von dem, was sie versprechen.*

Pierre Messmer Mitglied der Académie francaise

Am 25. März 1999 wurde der ehemalige gaullistische Premierminister (1972-1974) und langjährige député-maire von Saarburg (1971-1989), Pierre Messmer, in die Académie francaise gewählt. Er trat die Nachfolge des 1998 verstorbenen Gaullisten Maurice Schumann an.

Messmer, 1916 in Vincennes geboren, war ab Juni 1940 einer der engsten Mitkämpfer De Gaulles und nach dem Krieg lange Jahre hindurch Generalgouverneur der französischen Kolonien. Als Hochkommissar der Republik leitete er die Unabhängigkeit der französischen Kolonien in Afrika ein.

Nachdem er 1988 bei den Wahlen zur Nationalversammlung gescheitert war, zog er sich aus der aktiven Politik zurück. Zwei Bücher, die er danach schrieb, sind wertvolle Beiträge zur neuesten Geschichte: "Après tant de batailles", 1992 ("Nach so vielen Schlachten") und "Les Blancs s'en vont, récits de décolonisations", 1998 ("Die Weißen gehen. Berichte über die Entkolonialisierungen").

amg

War's das, wär's das?

In den letzten Wochen saß mir ein neckischer, mitunter auch boshafter Kobold tagsüber auf der Schulter und nachts auf dem Kopfkissen. Er interessierte sich für das Zeitgeschehen, war gut informiert und verwickelte mich in einen Meinungsstreit über den Krieg der NATO gegen Jugoslawien. Den Kobold ließ kalt, worüber ich mich ereiferte. Während ich mich wunderte, daß ausgewiesene "Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen", kaum hatten sie die Möglichkeit dazu, ohne Gewissensqualen leichten Herzens einen Angriffskrieg begannen, meinte er nur "Na und?". Ich wunderte mich darüber, daß Deutschland, ohne zu zögern, als diensteifriger Helfer an einem Luftkrieg teilnahm, ohne sich auf eigene Erfahrungen mit diesem teuflischen Terrorinstrument zu besinnen, nicht einmal, als dieser Luftkrieg sich offensichtlich gegen die Zivilbevölkerung zu richten begann. Der Kobold blieb stumm. Ich schimpfte auf die Rüstungsindustrie, die einen Testlauf für besonders bösartige Waffensysteme veranstaltete, und auf die plumpe und arrogante Natopropaganda, die alle Untaten, die ihre Verantwortlichen theoretisch vor die eignen Kriegsverbrechertribunale hätten bringen können, mit der Parole "Humanität" bepflasterten. Ich staunte über die Kriegstrunkenheit der liberalen Presse und der anderen Medien, über ihre plumpe Abwehr von Skeptikern und Kritikern. Ob sie merkten, daß sie ihren Vorvorderen, denen sie Kriegstreiberei und andere Sünden posthum mit Ausdauer vorhielten, in dieser Hinsicht durchaus das Wasser reichen konnten? Ich staunte, als das Amselfeld nun plötzlich von "Vertriebenen" in großer Zahl verlassen wurde und daß diese Benennung nicht - wie im eigenen Land - diskriminierend gemeint war. Hatten wir uns, beflügelt durch präsidiale Vorbeterei, nicht gerade daran gewöhnen müssen, daß Vertriebene gar nicht vertrieben worden waren, sondern ihren Lebensmittelpunkt bzw. Wohnsitz verlagert hätten, umgesiedelt oder bloß verzogen seien? Seltsamerweise wurden die offenkundigen Parallelen und Zusammenhänge mit den Vorgängen der Jahre 1944-1949 und sogar 1918-1920 in Mitteleuropa tunlichst vermieden, mitunter auch (von grünen Geschichtskennern) wütend als "etwas ganz anderes" zurückgewiesen. Der Kobold gähnte gelangweilt und murmelte Unverständliches, bis ihm allmählich die Augen zufielen.

Mehrfachnutzen der Moral

Erst als ich anfing, mich mit meinen Einwänden und mit meiner Empörung über die moraltriefende Verlogenheit der Kriegspartei zu wiederholen, wurde der Kobold wieder munter. Boshaft zischte er mir ins Ohr, ich solle mich doch nicht nutzlos aufregen, diesen Teil des Krieges werde die NATO mit Sicherheit gewinnen, weshalb sie auf nichts Rücksicht zu nehmen brauche. Schließlich murrten ja nicht einmal die Steuerzahler, die für eine Sache gleich zweimal zahlen dürften - erst fürs Kaputtschmeißen, danach für den Wiederaufbau der gerade teuer bezahlten Zerstörungen. Härter seien politische Blindheit und Unfähigkeit selten bestraft worden. Offensichtlich hatte der Kobold sich über mich geärgert, denn er geriet richtig in Fahrt. Über das servile Lakaientum der deutschen Politiker und der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den USA wundere er sich ja schon lange nicht mehr. Aber daß die Franzosen sich nun auch als Lakaien angedient hätten, das habe ihn doch überrascht. Er wisse ja nicht, wie Mitterrand sich in dieser Sache entschieden hätte, aber selbst wenn Mitterrand sich der Allianz gegen Belgrad angeschlossen hätte, so hätte er immerhin begriffen, in welches Zwielicht und in welchen gefährlichen Widerspruch er Frankreich damit gebracht hätte. Dem dummen Chirac fehle jedes politische Gespür für dieses Dilemma. "Und Dir auch, Du Moralapostel, Du hast ja vor allem bedauert, Dich nicht guten Gewissens dem Kreuzzug gegen Jugoslawien anschließen zu können!" kreischte mir der Kobold ins Ohr. Die Natostaaten unterstützten eine UCK, die sie andernorts als Terroristenbande bekämpfen würden. Oder hätte ich schon davon gehört, daß Spanien, Großbritannien und Frankreich unter Führung der USA zugunsten der baskischen ETA, der irischen IRA oder der korsischen Unabhängigkeitsbewegung militärisch interveniert hätten? Deshalb ziehe er in diesen Kriegszeiten von den Kriegsgreueln "der Serben" gewohnheitsmäßig erst einmal die Hälfte ab. Und dann hielt er mir einen langen Vortrag über die phantasiereichen Erfindungen der englischen und amerikanischen Kriegspropaganda in beiden Weltkriegen und über die üble Nachrede, mit der die Engländer ihre Gegner seit dem Hundertjährigen Krieg verfolgen würden. Die Burschen verstünden ihr Handwerk und hätten lange genug geübt.

Eigentore

Als sich wieder einmal Chirac im Fernsehen über den Stand der Dinge in Jugoslawien auslies, wurde der Kobold krebsrot. Nichts habe der begriffen, kreischte er, und ganz bestimmt nicht, daß Jugoslawien nach dem zentralistischen Vorbild Frankreichs konstruiert worden sei und daß es auch Frankreichs minderheitsfeindliche Politik betreibe. Dem französischen Beispiel folgend hätten die Serben sich angrenzende Gebiete einverleibt, die gerne selbständig geblieben wären, und mit Tricks und Druck assimiliert. Und da in Frankreich der Separatismus unter den Nachkommen der Zwangsfranzosen nur schwach verbreitet sei, helfe die Regierung in Paris ihren Feinden sogar auf die Sprünge. Warum schließlich sonst hätte der Präfekt auf Korsika Anschläge vortäuschen sollen, die den Korsen in die Schuhe geschoben werden sollten? Hier zündele Paris im mehrfachen Wortsinn, Chirac rüttele an den Grundfesten der einen Republik.

Als ein Kommentator reklamierte, die NATO führe einen humanen und gerechten Krieg, denn sie wolle verhindern, daß einem Volk seine sprachliche und kulturelle Identität genommen werde, geriet der Kobold in Hochform. Das sollte Chirac einmal hören, meinte er mit grellem Gekreische. Der würde die ganze Sache noch verderben. Doch bisher hätten der französische Staat und seine politischen Eliten den Widerspruch zwischen schnödem Tun und großartigen Worten in Sachen Menschenrechte gut ausgehalten. Immerhin gäbe es in Straßburg einen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der über Menschenrechtsverletzungen urteile, während um ihn herum Menschenrechte seit Jahrzehnten vielfach und heftig mißachtet würden. Was sollte es ihm dann schaden, wenn er sein Herzblut für die Menschenrechte der Albaner, für den Erhalt ihrer Sprache und Kultur vergießt und das den Basken, Bretonen, Flamen, Okzitaniern, Korsen und Elsaß-Lothringern stolz erzählt?

Logisch, aber undenkbar

Ich hatte verstanden, was er meinte, und sagte es ihm: Würde die NATO Frankreich den Krieg erklären, wenn in den Vogesen fünfzigtausend junge, bewaffnete Kämpfer der weiland Grauen Wölfe säßen, wenn im Elsaß und in Lothringen französisches Militär und Polizei stationiert wären, wenn die regionale Sprache und Kultur der Elsässer und Lothringer seit einem Jahrzehnt behindert, unterdrückt, verboten, aus dem Bildungswesen getilgt wären, vielfach schikaniert würden? Solche Beispiele könnte ich Herrn Chirac mehrfach bieten: Flamen, Bretonen, Korsen ... Der Kobold schaute mich recht ironisch an und meinte, ich hätte die Pointe verstanden. Nur mit der Zeitangabe von einem Jahrzehnt läge ich daneben und nur ein Konjunktiv sei berechtigt, der von den Kämpfern in den Vogesen. Kein einziger säße dort - und erst recht keine fünfzigtausend, fünftausend oder fünfhundert friedliche, unbewaffnete Graue Wölfe säßen ruhig und fromm in den gemütlichen elsässischen Wohnstuben; ob vielleicht auch nicht fünfzig oder fünf, darauf wolle er sich nicht festlegen. Der Kobold trumpfte auf: "Wenn die Elsässer jetzt die Grundprinzipen memorieren werden, denen zuliebe den Albanern auf dem Amselfeld beigestanden wurde, dann denken sie wie viele auch an die Kurden, die Tibeter und an viele andere Völker auf der Welt, aber ganz bestimmt nicht an ... ."

Hier brach mein Traum plötzlich ab. Wiedergesehen habe ich den Kobold seitdem nicht, aber mir ist, als säße er mir seitdem ständig auf der Schulter. Sein gräßliches Gelächter habe ich behalten, aber leider vergaß ich, wie sein letzter Satz endete. Seitdem rätsele ich, was der Kobold sagen wollte. Manchmal fragt man sich, was schlimmer ist, solch' ein Alptraum oder die Wirklichkeit. -r

Präsident Chirac im Elsaß

Angesichts der damals heftiger werdenden Auseinandersetzung um die Unterzeichnung der Europäischen Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen hätte der Besuch Präsident Chiracs im Elsaß im Januar 1999 der Auftakt für eine neue Epoche sein können. Das hofften vor allem die, die Chiracs Rede vom Juni 1996 in Quimper ernst genommen hatten. Angesichts der aktuellen Entwicklung in der Sprachenfrage gewinnen der Besuch und das, was damals gesagt - und vor allem: nicht gesagt - wurde ein ganz neues Gewicht. -red.

Nachdem er im vergangenen Jahr den Feierlichkeiten anläßlich der 200. Wiederkehr des Anschlusses der Freien Stadt Mülhausen an die Republik Frankreich durch seinen Besuch hohen Glanz verliehen hatte, weilte der Präsident Chirac am 20. und 21. Januar sowie am 9. Februar 1999 erneut im Elsaß. Wie der "ami hebdo" (Der Volksfreund) in seiner Ausgabe vom 31. Januar berichtete, wies das gedrängte Programm am 20. und 21. Januar sieben Stationen auf. Am 20. Januar weihte der Präsident zunächst das neue, moderne Gebäude der elsässischen Handwerkskammer in Schiltigheim ein, der ältesten in Frankreich, die den späteren als Vorbild diente, wie Chirac in seiner Ansprache rühmend erwähnte (sie wurde vor hundert Jahren, 1899, in der Reichslandzeit gegründet!). Der Präsident der Handwerkskammer, Joseph Fritz, betonte und begründete in seiner Rede das im Vergleich zu anderen Regionen Frankreichs recht hohe Niveau der Handwerkerausbildung im Elsaß und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der elsässischen Handwerkskammer mit den Handwerkskammern in Freiburg im Breisgau, in Karlsruhe und in Kaiserslautern. Nach einem Besuch des neuen Museums für moderne Kunst in Straßburg klang der erste Besuchstag mit einem Diner in der Präfektur aus.

Am 21. Januar fuhr Chirac zunächst nach Hönheim, wo er auf dem Bürgermeisteramt den député-maire RPR André Schneider, den Gemeinderat, weitere Honoratioren und Bürger begrüßte, um sich anschließend wieder nach Schiltigheim zu begeben. Dort nahm er in Anwesenheit des Bürgermeisters Alfred Müller an der ersten gemeinsamen Sitzung des Kindergemeinderats und des Rats der Jugend teil, einem Novum im Hexagon. Es ging um so unterschiedliche Anliegen der Gemeinde wie schwierige Stadtteile, Entfernung von Hundekot von den Gehwegen und Solidarität mit Betagten. Chirac zeigte sich sehr interessiert. Er verurteilte vor allem mit großem Nachdruck den Rassismus.

Danach begab sich der Präsident ins Oberelsaß. In Sennheim weihte er eine Mediathek ein und stärkte sich zu Mittag an einem "Bäckeofe", in Bühl besuchte er in Begleitung des Bürgermeisters Schreiber eine Schule, die seit Jahren im Stundenplan den biologischen Rhythmus der Schüler berücksichtigt und damit eine Vorreiterrolle spielt, der er Anerkennung zollen wollte. Anschließend begrüßte Chirac noch einen alten Freund in Sankt Ludwig/St. Louis, Jean Ueberschlag, ehe er nach Paris zurückflog.

Am 9. Februar traf sich Chirac mit Bundeskanzler Gerhard Schröder in Marlenheim, dem alten merowingischen Königssitz und jetzigem Tor der elsässischen Weinstraße. Einem Beitrag der Bonner Zeitschrift "Das Parlament" (12.-19. 2. 99) zufolge ging es dabei um die Vorbereitung der Sondergipfeltreffen Ende Februar auf dem Petersberg bei Bonn und Ende März in Berlin, auf denen die Zukunft der EU-Finanzen zuallererst auf der Tagesordnung stehen sollte und auf denen es dann ganz anders kam als geplant. Der von Fischart und Merian gerühmte Marlenheimer Rotwein, der beiden Politikern vermutlich vorgesetzt wurde, verhalf in dieser Frage jedoch zu keiner Annäherung; beide Politiker gaben nach dem Treffen keinerlei Erklärung ab, später in Berlin setzte sich Chirac mit seiner Weigerung durch, die Finanzlast der EU wesentlich anders zu verteilen als bisher und Deutschland erheblich zu entlasten.

Ohne präsidialen Glanz blieben zwei Veranstaltungen, die ebenfalls in diese Zeit fielen. Am 23. Januar wurden die Bibliothek und der zweisprachige Kindergarten in Duttlenheim, dem letzten Wohnort von Pfarrer Jean Keppi, auf den Namen "Tomi Ungerer" getauft. Der bekannte Künstler war dabei, schenkte der Schule eine drei Meter hohe "Europa-Schaukel", die er selber einweihte und hielt eine launige Ansprache, ehe er Hunderte von Büchern signierte. In der gleichen Woche wurden auch die Räume der zweisprachigen Kleinkinderschule im ehemaligen Dinghof der Abtei Maursmünster in Zabern nach gründlicher Renovierung eingeweiht. amg

Jahresversammlung 1999

Die diesjährige Jahresversammlung unserer Gesellschaft findet

am 26. Sept. 1999

in Bad Liebenzell statt. Wir bitten unsere Mitglieder und die anderen Interessenten, den Terminen schon jetzt vorzumerken

Neue Köpfe - neue Kraft

Mitte Mai trafen sich in Saarbrücken Spitzenpolitiker aus Deutschland und Frankreich, vor allem Sozialisten und Sozialdemokraten, um über die weitere Ausgestaltung der deutsch-französischen Beziehungen zu beraten. Der Jugendaustausch zwischen beiden Ländern soll weiter intensiviert werden, die Länder im Bereich der ehem. DDR sollen nach Meinung des deutsch-französischen Kulturbeauftragten, des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, stärker einbezogen werden. Der frühere Finanzminister Oskar Lafontaine weitete das Thema mit dem Vorschlag aus, zwischen den Kabinetten beider Länder auch Minister auszutauschen. Kurt Beck verlangte, das Nischenfernsehprogramm Arte zu einem Vollprogramm auszubauen. Jack Lang, Mitterrands Kulturminister und jetzt Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses in der Pariser Nationalversammlung, schlug vor, mit der Zweisprachigkeit in beiden Ländern schon im Kindergarten und in Vorschulen zu beginnen. Lehrer sollten für jeweils ein Jahr ausgetauscht werden und vor allem benötige man sehr viel mehr Geld und Personal. Lafontaine forderte "echte Zweisprachigkeit" für die geplante Zweiländeruniversität in Saarbrücken und ein zweisprachiges Max-Planck-Institut an die lothringische Grenze zu setzen. - *Warum deutsche (und elsässische) Politiker, gleich welcher Partei, nie auf die Idee kommen und sie schon gar nicht zu äußern wagen, statt dauernder Neugründungen vielleicht einmal die Straßburger Universität mindestens mit Zweisprachigkeit zu beglücken, worauf sie dank ihrer Tradition den allerersten Anspruch hätte?* -dp-

Unter Denkmalschutz

Die den Heiligen Pankratius und Cyriakus geweihte Friedhofskapelle von Grendelbruch wurde kürzlich unter Denkmalschutz gestellt. Der aus dem 16. Jahrhundert stammende Bau besteht aus dem quadratischen Untergeschoß des Turms, der früher als Chor der 1741 abgerissenen alten Pfarrkirche diente. Das gotische Kreuzrippengewölbe ruht auf Konsolen, die Außenwände sind aus Buckelquadern gefügt. Bemerkenswert auch ein kleiner Turm aus dem Jahr 1565 und die Kirchenfenster. amg

Anschluß Mülhausens 1798

"Land un Sproch" erinnerte in Nr. 127/98 mit geschichtlichen Beiträgen und Stellungnahmen von Politikern und Verantwortlichen an den Anschluß der eidgenössischen Stadt Mülhausen an Frankreich im Jahr 1798. Die geschichtlichen Beiträge, die von Elsässern und Schweizern verfaßt wurden, lassen Kompetenz, Objektivität und historische Fairneß erkennen. In besonderen Stellungnahmen äußerten sich Verteter aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Allerdings muß man dabei eine angemessene Würdigung der kulturellen Vergangenheit Mülhausens vermissen, insbesondere auch ein Eingehen auf die Rolle der Stadt in der Literaturgeschichte. Es gab hier zahlreiche Dichter und Schriftsteller, die im Sammeln von Sagen und in der Mundartdichtung vom 19. bis in das 20. Jahrhundert hinein im Elsaß führend waren. Mülhausen war über eine geraume Zeit hinweg auf literarischem Gebiet Straßburg ebenbürtig. me